



ABFSchweiz

Aktionsbündnis freie Schweiz

Medienmitteilung – ABF Schweiz, 8. Juli 2025

Schweiz akzeptiert verschärfte IGV – und setzt Souveränität und Gesundheit der Bevölkerung aufs Spiel

Baar – Die Schweiz macht definitiv mit bei den verschärften Internationalen Gesundheitsvorschriften der WHO. Das Parlament entmachtet sich damit selbst und gefährdet die Souveränität und Gesundheit der Bevölkerung. ABF Schweiz kritisiert diese Beschneidung der demokratischen Mitsprache und setzt sich weiterhin für eine selbstbestimmte und souveräne Gesundheitspolitik zum Wohle der Bevölkerung ein.

Es war die «letzte Auffanglinie», wie SVP-Nationalrat Rémy Wyssmann sagt. Doch auch sie hat versagt. Am Freitag, 4. Juli 2025, hat die Kommission für soziale Sicherheit und Gesundheit des Nationalrats (SGK-N) abschliessend entschieden, dass das Parlament nichts zu sagen haben will zur Verschärfung der Internationalen Gesundheitsvorschriften (IGV) der Weltgesundheitsorganisation (WHO).

Dies ist deshalb ein auch staats- und demokratiepolitisch fragwürdiger Vorgang, weil die Parlamentarier mit dieser Entscheidung sich selbst entmachten – und dabei sich erst noch selbst widersprechen. Denn zuvor hatte das Parlament eine Motion von Andreas Glarner angenommen, die klipp und klar verlangt: «Keine WHO-Verträge ohne parlamentarische Genehmigung».

Volkvertreter verweigern Job

Doch der Bundesrat focht sich um diesen Parlamentsentscheid und erklärte am letzten Tag der Sommersession – damit ja keine Debatte

entstehen konnte –, dass er die IGV annehmen werde. Damit missachtete er nicht nur den Willen des Parlaments, sondern auch unsere Petition mit rund 49 000 Unterschriften sowie eine Aufsichtsanzeige von Nationalrat Wyssmann, die verlangt, dass die Motion Glarner umzusetzen und das Geschäft dem Parlament vorzulegen sei, wie es National- und Ständerat beschlossen hatten.

Doch auch diese Aufsichtsanzeige wurde negiert und wie eine heisse Kartoffel weitergegeben: Vom Ratsbüro, das sich nicht zuständig fühlte, an die Geschäftsprüfungskommission, die sich ebenfalls nicht zuständig fühlte, und schliesslich an die SGK-N, die sich zwar zuständig, aber nicht verantwortlich fühlte in dem Sinne, dass sie dafür eintrat, dem eigenen erklärten Willen des Parlaments zum Durchbruch zu verhelfen. Solche Volksvertreter verweigern ihren Auftrag und Job.

Mangel an Demokratie – hüben wir drüben

Die Folgen sind weitreichend: Die WHO und ihr Generaldirektor Tedros Adhanom Ghebreyesus können jetzt noch einfacher bestimmen, wann ein «internationaler Gesundheitsnotstand» herrscht und autoritäre Massnahmen anordnen – von Lockdowns über Reisebeschränkungen bis zu experimentellen «Impfungen».

Dabei sind die WHO und ihr Generaldirektor demokratisch gar nicht legitimiert. Das Schweizer Volk hat ihnen nie eine Stimme gegeben. Der Rechtsanwalt Philipp Kruse sagt deshalb im Polit-Talk auf HOCH2 TV: «Es fehlt hier an den sogenannten Checks and



ABFSchweiz

Aktionsbündnis freie Schweiz

Balances, es fehlt an der Überprüfung. Diese WHO-Spitze ist niemandem gegenüber rechenschaftspflichtig und sie genießt vollständige Immunität.» Klarte Worte findet auch Rémy Wyssmann mit Blick auf die Schweiz: Der Fall zeige, dass wir teilweise mehr in einer «Scheindemokratie» lebten als in einer wirklichen Demokratie.

Für eine selbstbestimmte Gesundheitspolitik

ABF Schweiz teilt diese Kritik: Wenn sich gewählte Volksvertreter den Vorgaben der Verwaltung ohne Widerstand unterordnen, wenn Kommissionen Diskussionen vermeiden, statt Verantwortung zu übernehmen, und wenn sich National- und Ständerat über eigene Beschlüsse hinwegsetzen und sich selbst kupieren, dann

werden das parlamentarische Verfahren und die Gewaltentrennung zur Farce.

Mit Befremden nimmt ABF Schweizer weiter zu Kenntnis, dass die SGK-N auch unsere Petition «Keine Änderung der Internationalen Gesundheitsvorschriften» mit 14 zu 8 Stimmen zurückweist. Damit ignoriert sie einen klaren Auftrag der Bevölkerung.

ABF Schweiz wird weiter entschieden Gegensteuer geben und sich für demokratische Mitbestimmung, rechtsstaatliche Verfahren und eine souveräne und selbstbestimmte Gesundheitspolitik der Schweiz einsetzen. Ein nächstes wichtiges Etappenziel ist dabei die Revision des Epidemiengesetzes.

Dr. Philipp Gut, ABF Schweiz